

Die sozialen Fragen anpacken

Bundesrätin Dreifuss für Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft und Staat

cs. Ermatingen, 1. November

Bundesrätin *Ruth Dreifuss* hat am Freitag nachmittag vor dem Unternehmerforum «Lilienberg» nach einem Überblick über die vom Bundesrat verfolgte Sozialpolitik ihr Verständnis für die Sorgen und Schwierigkeiten der Unternehmer in der gegenwärtigen Zeit betont. Sie machte aber auch deutlich, dass ebenso die sozialen Fragen gelöst werden müssen. Wir hätten nicht die freie Wahl, uns zunächst auf das Wachstum zu konzentrieren und erst dann die sozialen Probleme anzupacken, meinte Dreifuss und unterstrich, dass es gelte, in verschiedenen Szenarien zu denken. Denn die Zukunft kennt niemand. Die Erarbeitung solcher Szenarien hat der Bundesrat nun in Auftrag gegeben.

Die Sozialministerin hob aber auch hervor, dass die Aufbauphase der Sozialversicherungen jetzt abgeschlossen ist und dass es nun um die Nachhaltigkeit, um die Herstellung von Permanenz gehe. In ihrem einführenden Referat hatte sie auf die Lücken verwiesen, die ihrer Meinung nach noch zu füllen sind: bessere Koordination von erster und zweiter Säule (Herabsetzung des Koordinationsabzuges), Mutterschaftsversicherung. Ein sozialpolitisches Moratorium kommt für sie nicht in Frage, da sich die soziale Wirklichkeit in einem dynamischen Prozess befindet, wobei gegenwärtig die soziale Ungleichheit in der

Schweiz zunehme. Dreifuss wandte sich gegen ein Sozialsystem, das sich allein auf die Bedürftigen ausrichtet, denn eine solche Beschränkung belaste den Mittelstand schwer. Ein Beispiel dafür ist das neue Prämienverbilligungssystem des Krankenversicherungsgesetzes, das den Unwillen vieler Bürger ausgelöst hat.

Die Bundesrätin appellierte an die Unternehmer, alles zu tun, um Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise zu schaffen, und bat gleichzeitig darum, den Staat zu unterstützen, damit dieser in der Lage ist, seine Aufgabe zu erfüllen und Menschen zu helfen, denen die Wirtschaft keine Arbeit mehr geben kann. Die Sozialministerin erwartet nicht primär von den einzelnen Betrieben, dass sie soziale Verantwortung wahrnehmen, ihre prioritäre Aufgabe sei der wirtschaftliche Erfolg. Der sozialen Frage habe sich der Staat zu stellen, er sei es, der die gemeinschaftliche Verantwortung zu organisieren habe. Damit erweisen sich private Wirtschaft und Sozialstaat als komplementär. In der sozialen Sicherheit, dem sozialen Frieden sieht sie den Kitt für unsere Gesellschaft. Dreifuss, die ursprünglich Beschäftigungsprogrammen ablehnend gegenüberstand, glaubt heute, dass eventuell doch Massnahmen erforderlich seien, um Nischen für Leute (etwa mit Handicaps) zu schaffen, die diese in der Arbeitswelt nicht mehr finden.